

## Die sozialistische Konferenz in Stockholm.

### Die Forderungen der ungarischen Delegierten.

Stockholm, 1. Juni. Das holländisch-skandinavisches Komitee hielt am 29. und 30. Mai Beratungen mit der Delegation der ungarländischen Sozialdemokratie ab. An denselben nahmen die ungarischen Delegierten Bokanyi, Buchinger, Garami, Künfi und Weltner und der ungarische Gewerkschaftsj sekretär Jassai teil.

Die ungarländische Sozialdemokratie tritt für den sofortigen Friedensschluß auf der allgemeinen Grundlage: Keine Annexionen, keine Kriegssentschädigung ein und fordert die vollständige politische Wiederherstellung aller besetzten Staaten. Die wirtschaftliche Wiederherstellung aller zerstörten Gebiete ist Aufgabe desjenigen Staates, in dessen Verband das zerstörte Gebiet bleibt, jedoch mit zwei Ausnahmen: 1. Belgien, dessen vollständige Wiederherstellung in der Erklärung vom 4. August 1914 von der deutschen Regierung zugesagt wurde. Die ungarische Delegation hält die auf die Wiederherstellung Belgiens seitens Deutschlands bezüglichen Erklärungen des deutschen Reichskanzlers prinzipiell auch heute noch für richtig. Sollte aber die Durchführung kriegsverlängernd wirken, so sollen die Lasten der Wiederherstellung Belgiens von allen kriegsführenden Großstaaten im Verhältnis ihrer wirtschaftlichen Kraft getragen werden.

2. Serbien. Da Serbien zu klein und zu schwach zur eigenen Rekonstruktion ist, soll es gleichfalls die kollektive Hilfe aller kriegsführenden Großstaaten erhalten. Die Delegation fordert außerdem für Serbien freien gesicherten Zutritt zum Meere und eine Handelspolitik seitens Oesterreich-Ungarns, die gute Beziehungen zwischen beiden Ländern ermöglicht.

Bezüglich Elsaß-Lothringens wünscht die Delegation eine Vereinbarung zwischen der deutschen und der französischen Sozialdemokratie und sieht in dieser Lösung die Garantie des dauernden Völkerverfriedens. Denselben Weg sollen nach ihrem Dafürhalten die serbischen und die bulgarischen Sozialdemokraten betreffs Makedoniens einschlagen.

Betreffs Polens ist die Delegation im Prinzip für die Wiedervereinigung aller politischen Gebiete zu einem mit allen seinen Nachbarstaaten im Freundschaftsverhältnisse stehenden und durch Freihandel verbundenen unabhängigen Polen, fordert aber zum mindesten die Selbständigkeit Kongresspolens, wenn dies dem Willen des Volkes von Kongresspolen entspricht, sowie nationale Freiheit und Sicherung der Entwicklungsmöglichkeiten für die in einem anderen Staatsverbände bleibenden polnischen Gebiete.

### Die nationalen Fragen der Monarchie.

Die nationalen Fragen Oesterreich-Ungarns sollen ihre Lösung nicht durch Aufteilung des Reiches, sondern durch weitgehende demokratische Reformen, nationale Autonomie und freie kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung innerhalb des heutigen Staatsverbandes finden.

Das Prinzip „ohne Annexionen“ bedeutet auch die Rückgabe der besetzten Kolonien. Bezüglich der Kolonien tritt die Delegation für das Prinzip der offenen Tür ein.

### Der künftige Friede.

Die ungarische Sozialdemokratie wünscht, daß der künftige Friede aufgebaut werde auf den Grundlagen der internationalen Rechtsordnung des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens und der Abrüstung zu Wasser und zu Lande, erkennt den Zusammenhang an, der zwischen der Abrüstung zu Lande und der Herstellung und Sicherung der Freiheit der Meere besteht, wünscht zur Sicherung der Freiheit der Meere eine den internationalen Grundsätzen unterworfenen Seepolizei und die Internationalisierung der Meerengen, Kanäle und international wichtiger Transportwege, wie der Dardanellen und der Straße von Gibraltar usw. und erachtet es als Pflicht aller sozialdemokratischen Parteien, gegen die Bestrebungen, nach Friedensschluß einen Wirtschaftskrieg zu führen, schon jetzt aufzutreten. Die Delegation wünscht aus diesem Grunde einen energischen Kampf gegen die sogenannten Beschlüsse der Pariser Konferenz vom Jahre 1916 in den Ententeländern und gegen die sogenannte mitteleuropäische Bewegung in den Ländern der Centralmächte.

Die Delegation wünscht, daß die Friedensverhandlungen der kriegsführenden Mächte und die Friedensarbeit der Internationale nicht ausschließlich von nationalen und territorialen Fragen beherrscht werden und will als Vertreterin der Arbeiterklasse die Aufmerksamkeit der Internationale darauf lenken, daß es nicht nur nationale, sondern auch soziale Unterdrückung gibt; sie wünscht, daß die Fragen des Arbeitsschutzes und der Sozialpolitik in die Friedensverhandlungen einbezogen werden.

Die ungarische Delegation ist zur bedingungslosen Teilnahme an der Konferenz bereit und sie ist gegen die Behandlung der Schuldfrage auf derselben, weil sie die Behandlung dieser Frage in diesem Moment für zwecklos und für den Frieden nicht förderlich erachtet. Hängt aber das Zustandekommen einer wahrhaft vollständigen internationalen Konferenz von der Behandlung dieser Fragen ab, so betrachtet die ungarische Delegation dies nicht als zureichenden Grund, an der Konferenz nicht teilzunehmen.